

## **Container-Gymnasium im Villenviertel. Schüler kontra Baumschutz**

*(Mag. Silvia Nossek)*

Währing ist der 18. von 23 Wiener Gemeindebezirken. Er erstreckt sich im Nordwesten Wiens vom Gürtel, einer der meistfrequentierten Straßen Österreichs, bis zum Wienerwald - grüne Lunge und Naherholungsgebiet der Millionenstadt Wien. In den Jahren 1995 und 1996 fand in diesem Bezirk eine Auseinandersetzung um einen Schulneubau auf „Parkschutzgebiet“ statt, in deren Verlauf das Argument des Umweltschutzes die entscheidende Rolle spielte.

Die Diskussion um diesen Schulneubau hat gezeigt, daß Zusammenhänge zwischen Fragen der Nachhaltigkeit und solchen der Verteilungsproblematik nicht nur in der Dritten Welt oder global zwischen Norden und Süden gegeben sind. Auch auf lokaler Ebene in einer reichen Stadt wie Wien ist der Konflikt um den Zugang zu natürlichen Ressourcen und ihre Verwendung ein wesentlicher Faktor der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Gerade die Kleinräumigkeit dieses Falles läßt die unterschiedlichen Interessen und Machtverhältnisse transparent werden und aufzeigen, daß Nachhaltigkeitspolitik, welche die Macht- und die Verteilungsfrage nicht stellt, sich zumindest gesellschaftspolitische Naivität vorwerfen lassen muß.

### **Das Umfeld der Auseinandersetzung**

Währing wird in Umfragen immer wieder als einer der beliebtesten Wohnbezirke Wiens ausgewiesen. Dies ist nicht weiter verwunderlich, zählt Währing doch bezüglich der Lebensqualität zu den privilegierten Wiener Bezirken. Die sozioökonomische Gliederung der Beschäftigten, und damit mit hoher Wahrscheinlichkeit auch das Einkommen, liegen über dem Wiener Durchschnitt [Statistisches Jahrbuch, 1995:38], die Bevölkerungsdichte ist geringer als im Wiener Durchschnitt und was die Fläche öffentlicher Parkanlagen je Einwohner anlangt, liegt Währing an sechster Stelle aller Wiener Bezirke [Statistisches Jahrbuch, 1995:25-27].[1]

Währing selbst besteht aus fünf Bezirksteilen, die zum Großteil auf die historischen Ursprungsgemeinden zurückgehen: die gürtelnahen Bereiche Innerwähring und Kreuzgassenviertel, das Cottage-Viertel sowie die an den Wienerwald grenzenden Bezirksteile Gersthof und Pötzleinsdorf. Betrachtet man die vorher als Indikatoren für die hohe Lebensqualität herangezogenen Faktoren - sozioökonomische Gliederung der Beschäftigten, Bevölkerungsdichte und Fläche öffentlicher Parkanlagen je Einwohner - bezogen auf die einzelnen Bezirksteile, so ergibt sich ein differenzierteres Bild für den Bezirk:

Liegt der Anteil von Selbständigen sowie Angestellten und Beamten mit Hochschulabschluß oder Abschluß einer höheren Schule im Cottage-Viertel (68%), in Pötzleinsdorf (62%), in Gersthof (48%) und in Innerwähring (43%) weit über dem Wiener Durchschnitt von 29%, so liegt er im Kreuzgassenviertel mit nur 23% darunter. Umgekehrt macht der Anteil der Arbeiter im Kreuzgassenviertel 43% aus, in Innerwähring und Gersthof immerhin noch 26% bzw. 22%, während er im Cottage (9%) und in Pötzleinsdorf (11%) deutlich niedriger liegt. Der durchschnittliche Arbeiteranteil von Wien beträgt 34%. [Statistisches Jahrbuch, 1995:38; Univ.f.Bodenkultur, 1996]

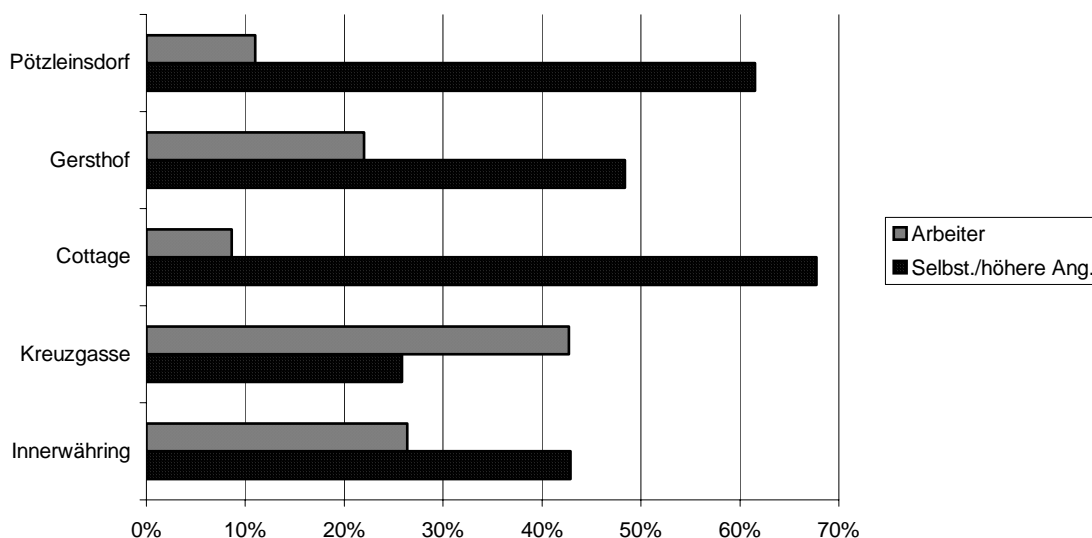


Abbildung 1: Anteil der Beschäftigten nach sozioökonomischer Gliederung und Währinger Bezirksteilen 1991

Was die Bevölkerungsdichte anlangt, kommen in Pötzleinsdorf 2,26 Einwohner auf 1.000m<sup>2</sup>, im Cottage-Viertel 3,0. In Gersthof sind es 12,38, in Innerwähring 18,55 und im Kreuzgassenviertel wohnen 23,3 Personen auf 1.000m<sup>2</sup>. [Statistisches Jahrbuch, 1995:25-27; Univ.f.Bodenkultur, 1996]

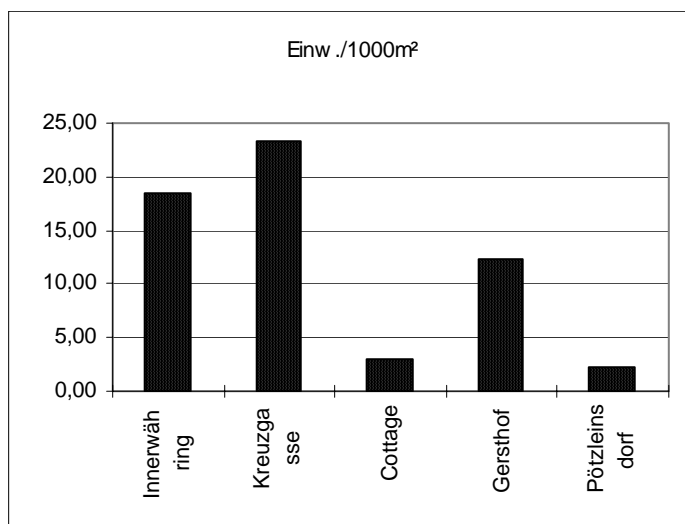


Abbildung 2: Einwohner je 1.000m<sup>2</sup> nach Währinger Bezirksteilen 1991

Und auch bei den öffentliche Parkanlagen gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Bezirksteilen: Stehen im Cottageviertel jedem Einwohner durchschnittlich 72,66 m<sup>2</sup>, in Pötzleinsdorf 48,46 m<sup>2</sup> Parkfläche zur Verfügung, so sind dies in Innerwähring und Gersthof nur noch 4,67 m<sup>2</sup> bzw. 1,18 m<sup>2</sup>. Im Kreuzgassenviertel bleiben jedem Einwohner durchschnittlich 0,84 m<sup>2</sup> öffentliche Parkfläche. [Statistisches Jahrbuch, 1995:25-27; Univ.f.Bodenkultur, 1996] [2]

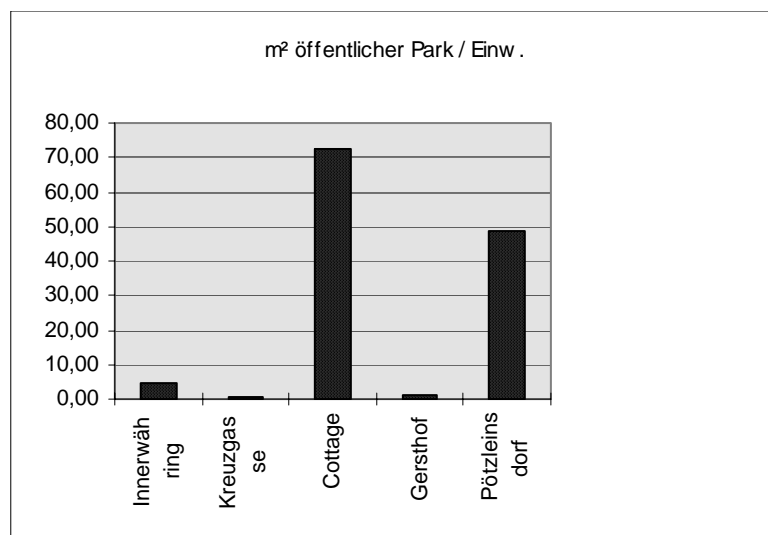


Abbildung 3: öffentliche Parkfläche je Einwohner nach Währinger Bezirksteilen 1991

Diese Eckdaten sollen aufzeigen, daß die Lebenssituation in Währing sehr inhomogen ist: Während Bezirksteile wie das Cottage-Viertel und Pötzleinsdorf als privilegiert bezeichnet werden können, sind die Lebensbedingungen vor allem im Kreuzgassenviertel bestenfalls durchschnittlich.

Während die anderen Bezirksteile zumeist auf historisch gewachsene Ortskerne zurückgehen, wurde das Cottage-Viertel oder auch Währinger Cottage, der engere Schauplatz der zu untersuchenden Auseinandersetzung, im Jahr 1872 durch den Wiener Cottage Verein begründet. Nach dem Vorbild englischer Villen forcierte der Verein den Bau billiger Ein- oder Zweifamilienhäuser und propagierte gesundes Wohnen im Grünen.

Wie oben beschrieben, ist das Cottage-Viertel heute hinsichtlich Bebauungsdichte und Grünanlagen einer der privilegierten Teile Währings. Das Stadtbild ist geprägt von Villengrundstücken mit großzügigen Gartenflächen, alleinartiger Gestaltung der meisten Straßen und einer der größten öffentlichen Parkanlagen Wiens, dem Türkenschanzpark. Der Wiener Cottage Verein besteht auch heute noch und versteht sich als Lobby für die Erhaltung des charakteristischen Ortsbildes des Währinger Cottage.

Politisch gesehen ist Währing ein konservativer Bezirk. Von 1945 bis 1991 hatte die ÖVP in der Bezirksvertretung die absolute Mehrheit. Diese ging mit der Wahl 1991 zwar verloren, die ÖVP

blieb allerdings stimmenstärkste Partei und stellte damit weiterhin den Bezirksvorsteher. Dabei ist es trotz weiterer Verluste der ÖVP auch nach der Wahl 1996 geblieben. Darüberhinaus ist Währing einer jener sechs Wiener Bezirke, in denen ÖVP und FPÖ zusammen mehr als die Hälfte der Bezirksmandatare stellen.

### **Das Gymnasium Haizingergasse**

Die Situation der Wiener Gymnasien ist seit Beginn der 80er Jahre durch einen immer stärkeren Schülerzugang geprägt, der im wesentlichen auf die geringer werdende Attraktivität der Hauptschulen zurückzuführen ist. Als Folge dieser Entwicklung litten schon Mitte der 80er Jahre die meisten höheren Schulen unter Raumnot.

Da die Verantwortlichen annahmen, daß sich der damals herrschende Trend von rückläufigen Bevölkerungszahlen und damit auch sinkendem Bedarf an Pflichtschulklassen weiter fortsetzen würde, wurde eine naheliegende Lösung gefunden: Pflichtschulen sollten den Gymnasien leihweise Raum zur Verfügung stellen, wobei dies im Sinne der beschriebenen Entwicklungen keinesfalls als Provisorium, sondern durchaus als mögliche Dauerlösung angesehen wurde.

Ab 1990 entwickelten sich die Bevölkerungszahlen allerdings anders als angenommen: Die Pflichtschülerzahlen nahmen wieder zu. Dazu kamen neue Methoden des offenen Lernens, die ebenfalls mit mehr Raumbedarf verbunden sind. Die Folge dieser Entwicklungen: Die Pflichtschulen forderten den leihweise vergebenen Raum wieder zurück. Gemeinsam mit den weiterhin steigenden Schülerzahlen ergab sich so ein doppelter Raumdruck auf die Gymnasien.

Das öffentliche Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium Haizingergasse, eines von drei öffentlichen Gymnasien in Währing und mitten im Währinger Cottage gelegen, kann als Modellfall für diese Misere genommen werden. Die Raumnot konnte einige Jahre dadurch abgefangen werden, daß Klassenräume der benachbarten Volksschule Cottagegasse benutzt wurden. Dennoch wurde es auch im Hauptgebäude in der Haizingergasse immer enger. Die im Jahr 1992 neu eingesetzte Schulleiterin Knaus sah sich von Anfang an mit der akuten Raumnot konfrontiert: Das eigene Haus war trotz der zusätzlichen Räume in der Cottagegasse für den Schulbetrieb hoffnungslos zu klein geworden. Darüberhinaus war bereits absehbar, daß die Volksschule aufgrund eigenen Bedarfs die verliehenen Räumlichkeiten zurückfordern würde.

Da Auslagerungen in andere Gebäude zu diesem Zeitpunkt nicht möglich waren, wurde im Herbst 1993 die Haizingergasse vor der Schule für den Verkehr gesperrt und zwei Container als Provisorium aufgestellt. In diesen Containern werden seither zwei Klassen unterrichtet, wobei sich die schlecht isolierten Behelfshütten besonders im Winter als wenig geeignet für den Schulunterricht

erweisen. Außerdem wurden mit dem Schuljahr 1994/95 Räumlichkeiten der Volkshilfe in der Gymnasiumstraße bezogen. Dort sind heute sechs Klassen und ein Lehreraufenthaltsraum untergebracht. Die Situation ist vor allem für die Lehrer schwierig, die zwischen den Stunden pendeln müssen; die beiden Standorte liegen siebzehn Gehminuten voneinander entfernt. Die Räumlichkeiten der Volksschule Cottagegasse sind mittlerweile fast zur Gänze freigegeben; einzig der Zeichensaal befindet sich noch in der Volksschule.

Die Situation wird von Lehrern, Schülern, Eltern, Schulbehörde und Politikern aller Couleurs als unhaltbar bezeichnet.

### **Die Suche nach einer Lösung**

Seit sich mit Beginn der 90er Jahre die Raumnot des Gymnasiums abzuzeichnen begann, wurde nach einer geeigneten langfristigen Lösung für die Schule gesucht. So nahm die neue Schulleiterin Knaus kurz nach ihrem Amtsantritt im Herbst 1992 Kontakt zur Baubehörde auf, um die Möglichkeiten eines Um- und Ausbaus des bestehenden Hauses zu klären. Es wurde dazu eine Architektenstudie in Auftrag gegeben, die Ende 1993 fertiggestellt und mit dem zuständigen Unterrichtsministerium besprochen wurde. Dieses befand den in der Studie vorgeschlagenen Ausbau als nicht zielführend, weil einige Klassenräume nicht der vorgeschriebenen Normgröße entsprechen würden und außerdem der notwendige zweite Turnsaal nicht unterzubringen wäre. Ein möglicher Lösungsansatz, nämlich den zweiten Turnsaal an einem geeigneten Standort in der Umgebung der Schule zu bauen, scheiterte: Die Standortsuche verlief ergebnislos.

Eine andere Idee war die Unterbringung der Schule auf dem Gelände einer aufzulassenden Remise mitten im Kreuzgassenviertel. Die zukünftige Nutzung dieses Areals war seit Beginn der 90er Jahre ein Dauerthema der Währinger Bezirkspolitik. Während ÖVP und FPÖ sich für den Schulneubau stark machten, votierten SPÖ und Grüne dagegen. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß das Kreuzgassenviertel mit den zwei dort schon bestehenden Gymnasien ausreichend versorgt wäre und das freiwerdende Areal daher besser für Wohnungen und für in diesem Bezirksteil dringend benötigte Infrastruktureinrichtungen wie Geschäfte zur Nahversorgung und Sozialstellen genutzt werden sollte.

Auch aus Sicht der Schulleitung und der Eltern waren die geographische Verlagerung des Schulstandortes und die räumliche Nähe zu den beiden anderen Gymnasien des Bezirks die gravierenden Nachteile der Remise Kreuzgasse. Da aber zunächst keine andere Lösung in Sicht war, votierten Schulleitung und Eltern dennoch für den Schulneubau an diesem Standort.

Im Juni 1994 wurden erstmals die Medien mobilisiert, um eine rasche Entscheidung über die Zukunft der Schule zu forcieren. Eine Folge der TV-Sendung „Konflikte“ - eine Sendereihe konzipiert gleichsam als Volksanwaltschaft des ORF - wurde dem Thema gewidmet. Der Wiener Planungsstadtrat Swoboda erschien überraschend in der Sendung und erklärte dort, daß die Schule in die Remise übersiedeln würde, seiner Meinung nach nicht die ideale, aber besser als gar keine Lösung.

In der Folge sprachen sich neben Swoboda weitere führende Wiener SP-Funktionäre wie der Präsident des Stadtschulrates Scholz für eine schnelle Beendigung der unhaltbaren Zustände im Gymnasium Haizingergasse durch einen Standortwechsel zur Remise Kreuzgasse aus. Dies allerdings ohne sich mit ihren Parteikollegen im Bezirk abzustimmen, die aus oben genannten Gründen diese Lösung weiterhin ablehnten.

Andere Varianten, wie beispielsweise die Überbauung der Vorortelinie, tauchten während der Diskussion auf, wurden aber aus Kostengründen oder wegen mangelnder Zweckmäßigkeit bald wieder verworfen.

In die völlige Pattstellung um die Remise Kreuzgasse im Jahr 1994 brachten Eltern die Idee des Joseph Kainz-Platzes als möglichen Schulstandort ein: Der Joseph Kainz-Platz liegt mitten im Währinger Cottage unmittelbar zwischen dem öffentlich zugänglichen Türkenschanzpark und dem Sternwartepark, der für die Öffentlichkeit gesperrt ist. Der Platz selbst ist, mit Grünflächen in der Mitte und von Bäumen und Sträuchern eingegrenzt, als Park gestaltet und laut Flächenwidmung auch als Parkschutzgebiet ausgewiesen.

Als Vorteile für einen Schulneubau am Kainz-Platz wurden von Anfang an vor allem die geographische Nähe zum derzeitigen Standort in der Haizingergasse und die ruhige Lage gesehen. Klar war auch, daß die Verbauung eines Parkgebietes in Wien ein heikles Thema ist; aufgrund der unmittelbaren Nachbarschaft des wesentlich größeren Türkenschanzparkes - die Fläche des Kainz-Platzes entspricht gerade 3,11% der Fläche des Türkenschanzparkes - hielt man dies trotzdem für argumentier- und durchsetzbar. Planungsstadtrat Swoboda griff die Idee auf und ließ prüfen, ob der Kainz-Platz für einen Schulneubau geeignet wäre. Im Sommer 1995 war diese Prüfung positiv abgeschlossen.

Dieses neue Projekt wurde im Zuge einer Informationsveranstaltung im Turnsaal der Schule präsentiert. Dort formierten sich erstmals die Fronten: Während Schüler, Eltern und Lehrer die Aussicht eines Schulneubaus am Standort Kainz-Platz sehr begrüßten, traten als Gegner dieser Lösung die Besitzer der den Kainz-Platz umgebenden Villen auf. In der Folge dieser Veranstaltung sammelte die Schule im Bezirk etwa 2.000 Unterschriften für den Schulneubau am Kainz-Platz, die eigens

gegründete „Bürgerinitiative zur Rettung des Kainzparcs“, die vom Cottage-Verein unterstützt wurde, kam nach eigener Aussage auf 4.600 Unterschriften.

In den folgenden Monaten kam es auf politischer wie auf medialer Ebene zu einer heftigen Auseinandersetzung über das Projekt. Im Mittelpunkt des nun folgenden Rückblicks auf diese Auseinandersetzung steht eine Untersuchung der Argumentation aller Beteiligten vor dem Hintergrund von Interessen und Machtverhältnissen.

### **Die Auseinandersetzung um den Joseph Kainz-Platz**

Auf politischer Ebene fand das Projekt Schulneubau Kainz-Platz zunächst die volle Unterstützung der verantwortlichen Wiener SP-Funktionäre. Planungsstadtrat Swoboda und Stadtschulratspräsident Scholz setzten sich vehement für den neuen Standort ein, die Währinger SPÖ machte das Projekt für die nachfolgenden Monate zu ihrem politischen Schwerpunkt. Hauptargument dabei: „Schließlich geht es um die Zukunft unserer Jugend, und schließlich wollen wir doch alle, daß unsere Kinder optimale Schulen in gesunder Umgebung vorfinden. Und das würden sie ganz sicher am Standort Joseph-Kainz-Platz haben.“ [Bezirksvorsteher-Stellvertreter Glatzl, Bezirkszeitung 11/95]

Der Einsatz für die Interessen von Eltern, Schülern und Lehrern war für die SPÖ aus strategischen Gründen mehrfach interessant: Für die Wiener SP-Schulpolitiker ergab sich die willkommene Gelegenheit der Profilierung gegenüber dem Unterrichtsministerium; dieses war im Frühjahr 1995 im Zuge einer Regierungsumbildung von der SPÖ an den Koalitionspartner ÖVP gegangen. Die Währinger SPÖ wiederum hatte mit der Auseinandersetzung um den Kainz-Platz erstmals die Chance, im traditionell eher konservativen Cottage-Viertel politisch zu punkten.

Für die ÖVP schien die Auseinandersetzung auf den ersten Blick ein taktisches Dilemma zu bedeuten - zählten doch sowohl die Befürworter des Projekts, an der Spitze der Elternverein der Schule, wie auch dessen Gegner, allen voran der Cottage-Verein, zur traditionellen Klientel der Volkspartei. Daß sich die Währinger ÖVP dennoch eindeutig auf die Seite der Projektgegner stellte, wird unter folgenden Aspekten verständlich:

Zum einen wurde von Seiten der SPÖ im Zuge der Auseinandersetzung wiederholt so argumentiert, als wäre zur Realisierung des Projekts nur mehr die Zustimmung des Wiener Gemeinderats und des Unterrichtsministeriums notwendig. Die Währinger Bezirksvertretung, in der die ÖVP stimmenstärkste Partei ist und gemeinsam mit der FPÖ die Mehrheit stellt, schien für die SPÖ in der Diskussion nicht zu existieren [3]. So war es schon aus machtpolitischen Gründen für die Währinger

ÖVP notwendig, der Zentrale im Rathaus zu signalisieren, daß man nicht so ohne weiteres am politischen Willen des Bezirks vorbei agieren könne.

Zum anderen war für die Währinger ÖVP schon in den Jahren vor der Auseinandersetzung die Unterstützung des Cottage-Vereins bei der „Erhaltung des charakteristischen Ortsbildes“ [Bezirksvorsteher Homole, Bezirkszeitung 3/95] zentraler Bestandteil ihrer Bezirkspolitik. Erst im Dezember 1994 hatte sie in der Bezirksvertretung durchgesetzt, daß das gesamte Cottage-Viertel zur baulichen Schutzzone bestimmt und damit gleichsam unter Denkmalschutz gestellt wurde. Kritik an dieser rigorosen Regelung von Seiten des Fachbeirates für Stadtplanung und Stadtgestaltung wurde nicht berücksichtigt [4]. In konsequenter Fortführung dieser Politik sprach sich die ÖVP gemeinsam mit der FPÖ daher von Anfang an dezidiert gegen das Projekt Kainz-Platz aus.

Die politischen Fronten waren damit klar und die Argumentationslinien vorgegeben: Während die SPÖ für sich reklamierte, im Auftrag von Schülern und Lehrern des Gymnasiums Haizingergasse zu handeln („Gerade Kinder und Jugendliche, die einen großen Teil des Tages in der Schule verbringen, sollen doch ein Recht auf eine lebenswerte und angenehme Umgebung haben“ [Bezirksvorsteher-Stellvertreter Glatzl, Bezirkszeitung 12/95]), rief die ÖVP zum Widerstand dagegen auf, daß sich die SPÖ in Bezirk und Rathaus über den vorgeblichen Willen der Bevölkerung hinwegsetzt („Wenn Bezirksvorsteher-Stellvertreter Glatzl meint, man könnte den Währingerinnen und Währingern eine Parkanlage einfach wegnehmen, ohne sie zu befragen, ... wird er sich täuschen.“ [Bezirksvorsteher Homole, Bezirkszeitung 12/95]).

Von Anfang an versuchte man von Seiten der SPÖ, dem gewichtigsten Gegenargument, nämlich der unverantwortbaren Zerstörung von Grünraum, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Zum einen wurde mit der unmittelbaren Nachbarschaft des mehr als 30fach größeren Türkenschanzparks argumentiert, zum anderen eine größtmögliche Schonung der Grünfläche am Kainz-Platz versprochen. Die ersten Architektenmodelle des Projekts wurden in den Medien veröffentlicht, um nachzuweisen, daß durch die geplante Konstruktion des Gebäudes die Bodenversiegelung äußerst gering wäre und der Baumbestand zum Großteil erhalten bliebe. Für die dennoch notwendigen Baumfällungen wurden Ersatzpflanzungen in unmittelbarer Umgebung versprochen; die als biologisch wichtig erachtete Grünbrücke zwischen Sternwartepark und Türkenschanzpark sollte durch eine Ausweitung des Parkgebietes unter Einbeziehung der den Platz umgebenden Straßenzüge erhalten bleiben.

Die Argumentation des VP-Bezirksvorstehers stellte allerdings klar, daß es hier nicht um eine ökologische Diskussion über Bodenversiegelung und Grünbrücken ging, sondern um Machtkampf: „Ginge es nach dem Willen der Herren Dr. Swoboda, Glatzl und der Grünen im Bezirk, würde also

ohne Rücksicht auf Verluste eine Parkanlage zubetoniert werden, und die Währingerinnen und Währinger wären um eine ihrer wertvollen Grünoasen ärmer. Da ich die Interessen der Währinger Bevölkerung zu vertreten habe, kann ich der kaltblütigen Liquidierung einer Parkanlage keinesfalls zustimmen.“ [Bezirksvorsteher Homole, Bezirkszeitung 12/95]

Inzwischen hatten sich nach einer Schrecksekunde auch die Währinger Grünen in die Diskussion eingeschaltet und plädierten zu aller Überraschung für den Schulneubau am Kainz-Platz. Ihre Argumentation: „Die jetzt vorgelegten Pläne zum Schulbau am Kainz-Platz halten Bodenversiegelung und Grünraumverlust für diese Gegend in erträglichen Grenzen. Unter diesen Voraussetzungen geht uns Grünen das Interesse der Kinder an einer Schule über das Interesse einiger Anwohner, ihre Grünruhelage nicht durch Kinderlachen stören zu lassen.“ [Klubobfrau Nossek, Bezirksjournal 12/95].

Die Grünen hatten schon länger gegen die völlige Unter-Schutz-Stellung weiter Bezirksteile wie Cottage-Viertel und Pötzleinsdorf argumentiert, da ihrer Meinung nach damit der hohe Baudruck nur durch die ohnehin schon dicht besiedelten Gebiete des Bezirks abgefangen werden könne. Sie forderten im Gegenzug für die Verbauung des Kainz-Platzes eine neue Parkanlage im dichtest bebauten Teil des Bezirks, dem Kreuzgassenviertel.

Daß es in dieser Auseinandersetzung tatsächlich nicht nur um Umweltschutz sondern auch um Verteilungsfragen ging, belegten die Projektgegner mit ihrer Argumentation im Laufe der Diskussion mehrfach. So war neben der Forderung von Grünraumschutz das Hauptargument gegen das Projekt das voraussichtliche Sinken der Grundstückspreise als Folge des Schulneubaus in der Nachbarschaft.

Aber nicht nur den materiellen Wert der Wohngegend, auch die privilegierte Ruhelage galt es zu verteidigen. So wurde gegen den Schulneubau auch mit dem erhöhten Verkehrsaufkommen durch Kinder bringende und abholende Eltern argumentiert, mit Drogenabhängigen, die im Umfeld einer Schule ja immer auftauchen würden, und mit lichtscheuem Gesindel, daß sich abends in der Gegend der unbesetzten Schule herumtreiben würde. Dem Argument, daß es bei dem geplanten Projekt doch um eine Schule für die Kinder des Cottage-Viertels und Währings insgesamt ginge, wurde mit den Behauptungen, die meisten Schüler wären gar nicht aus Währing, und die Schule wäre nur deswegen so überlaufen, weil die Matura den Kindern dort geschenkt würde, begegnet. Ersteres entspricht nach Auskunft der Schulleitung nicht den Tatsachen [5], letzteres entzieht sich einer sachlichen Beurteilung.

Wie weit es um die Erhaltung des Grünraums vor allem in der eigenen Wohngegend ging, zeigte sich auch daran, daß von Seiten der „Bürgerinitiative für die Rettung des Kainzparcs“ als Alternativstandort unter anderem der Währinger Park in die Diskussion eingebracht wurde - wie der Kainz-Platz öffentlicher Grünraum, aber eben nicht im Cottage-Viertel gelegen.

Dem Konflikt wurde auch in den Medien breiter Raum gewidmet. So strahlte der ORF im Spätherbst 1995 eine zweite „Konflikte“-Sendung zum Thema aus, in der sich der Sendungsverantwortliche Schiejok eindeutig auf Seiten der Schule positionierte. Er thematisierte die Auseinandersetzung pointiert als eine zwischen den Interessen der Kinder und jenen der Villenbesitzer. Die Projektgegner machten in diesem Zusammenhang keine gute Figur, was Stadtschulratspräsident Scholz danach zu dem ironischen Zeitungskommentar veranlaßte: „Ich sehe für die Behebung der Schulmiserie im 18. Bezirk nur eine Chance: die vollständige Übertragung der Baukompetenzen und aller Mittel an den Cottageverein! Nur so könnte ein Nobelviertel vor rollerskatenden Kids bewahrt, das schwindende Verständnis für die geplagten Villen-Anrainer des Türkenschanzparkes wiederhergestellt und die gepflegte Aussprache des Wortes „Cottage“ [kotähsch] geübt werden.“ [Standard, 21.11.1995]

Massive Schützenhilfe für die Gegner des Schulneubaus am Kainz-Platz kam von Seiten der Printmedien. Während der „Standard“ sich in seiner Berichterstattung noch um Ausgewogenheit bemühte und wiederholt Pro- und Contra-Argumente gegenüberstellte, stellten sich die konservative „Presse“ und auch der „Kurier“ in letzter Konsequenz auf die Seite der Projektgegner.

Die wirklich gewichtige Unterstützung wurde den Gegnern des Schulneubaus allerdings von der „Kronenzeitung“ zuteil. Die „Kronenzeitung“ hatte sich schon mit mehreren Kampagnen in Umweltschutzfragen profiliert - die bekannteste wohl die gegen das Kraftwerk Hainburg. In diesem Fall stellte sie den verantwortlichen SP-Politikern eine besondere Rute ins Fenster: „Wiens Kainz-Park soll zubetoniert werden! In Wien droht ein zweiter „Fall Sternwartepark“! ... 1973 sollte der Sternwartepark verbaut werden. Eine „Krone“-Aktion verhinderte damals den Anschlag auf die Grünreserven der Stadt.“ [Kronenzeitung, 6.10.1995] Diese über zwanzig Jahre zurückliegende Diskussion um eine teilweise Verbauung des Währinger Sternwarteparks durch den Neubau eines Universitätsinstituts hatte damals zum Rücktritt des SP-Bürgermeisters Slawik geführt. Und so wie damals [6] versprach die „Kronenzeitung“ auch diesmal, jeden Anschlag auf die Umwelt nach ihrem Verständnis abzuwehren.

Je näher die Wahlen zum Wiener Landtag und zum EU-Parlament rückten [7], umso mehr Gewicht bekam dieses Versprechen für die verantwortlichen Politiker. Bürgermeister Häupl wollte sich die Gegnerschaft der „Kronenzeitung“ nicht leisten, Planungsstadtrat Swoboda, bisher einer der enga-

giertesten Mentoren des Kainz-Platz-Projekts, wurde EU-Spitzenkandidat seiner Partei und ging daher in der Causa Kainz-Platz auf Rückzug.

Abgesichert wurde er dabei von seinen Parteikollegen auf Wiener Ebene: Neben Bürgermeister Häupl sprachen sich auch Jugendstadträtin Laska und Umweltstadtrat Svihalek öffentlich gegen den Schulstandort Kainz-Platz aus. Laska wurde zitiert mit: „Es ist sinnlos, über den Kainz-Park zu diskutieren, und noch sinnloser, Schüler zu verhetzen.“ [Kronenzeitung, 6.2.1996], während über Svihalek zu lesen war: „Dieser Plan erregte nicht nur den Unmut vieler Bürger, auch Umweltstadtrat Svihalek legte sein Veto ein.“ [Kronenzeitung, 15.3.1996] Zu guter letzt wurde, sozusagen als politisch unabhängiges und daher objektives Sachverständigenurteil, die negative Stellungnahme der Wiener Umweltschutzbehörde zu einer Verbauung des Kainz-Platzes präsentiert. Wie problematisch gerade die Rolle der Umweltschutzbehörde in diesem Konflikt beurteilt werden muß, wird im letzten Kapitel dieses Beitrags noch näher argumentiert.

Von den mächtigsten Befürwortern des Projekts im Stich gelassen, riefen Schüler, Lehrer und Eltern im Februar 1996 zu einer Demonstration auf, um ihre Anliegen zu verdeutlichen und die Verantwortung der Politik einzumahnen. Doch die Entscheidung war zu diesem Zeitpunkt bereits gefallen. Die „Kronenzeitung“ titelte „Macht Schluß mit dem Verhetzen der Schüler“ [Kronenzeitung, 6.2.1996], und wenig später wurde der Schule vom Baureferat mitgeteilt, daß der Kainz-Platz als Naturschutzgebiet gewidmet sei, eine Umwidmung äußerst heikel und damit unrealistisch wäre. Durch den zu erwartenden Anrainerprotest würde sich das Verfahren über Jahre hinschleppen. Dazu kam die Feststellung, daß vor der bevorstehenden Wahl im Oktober bezüglich des Kainz-Platzes von politischer Seite wohl keine Entscheidung mehr zu erwarten sei.

In dieser neuerlichen Pattstellung präsentierte sich der VP-Bezirksvorsteher im Frühjahr 1996 - für seine ebenfalls für den Herbst anstehende Wiederwahl durchaus termingerecht - als Retter der Situation. Er präsentierte eine neue Studie für den Um- und Ausbau des bestehenden Schulgebäudes als Alternativprojekt zum Schulneubau: Durch eine Aufstockung sowie eine Verlegung einiger Räumlichkeiten in neu zu schaffende Kellerräume unter der Haizingergasse sollte der zusätzliche Raumbedarf gedeckt werden.

Daß dieses neue Projekt im Prinzip ein altes war und genau wie alle früheren Umbaupläne wesentliche Anforderungen wie einen zweiten Turnsaal und die normgerechte Größe aller Klassenräume nicht erfüllen konnte, ging in der allgemein kolportierten Begeisterung über diesen nun plötzlich gefundenen Stein der Weisen unter.

Im Gegensatz zu den früheren Umbauprojekten, die wegen der nicht ausreichenden Erfüllung der Anforderungen abgelehnt worden waren, stimmten nun auch Unterrichtsministerium und Stadtschulrat den Plänen zu, froh, noch vor der Wahl einen Kompromiß gefunden zu haben. Der Schulgemeinschaftsausschuß des Gymnasiums Haizingergasse plädierte vor diesem Hintergrund ebenfalls für den Umbau und verzichtete auf die Kainz-Platz-Variante. Nach den monatelangen Diskussionen wollte man eine möglichst rasche Lösung der Platzmisere.

Noch vor dem Sommer 1996 wurden die Umbaupläne vom Ministerium genehmigt und der Generalplan in Auftrag gegeben. Das Vorhandensein der notwendigen Geldmittel wurde vom Unterrichtsministerium bestätigt. Im Sommer 1997 könnte mit dem Umbau begonnen werden, die Fertigstellung sollte innerhalb eines Jahres möglich sein.

### **Nachhaltigkeit und Verteilungsfrage**

Die Diskussion um den Kainz-Platz ist heute also abgeschlossen, eine Kompromißlösung gefunden. Abschließend noch einige Anmerkungen zum Zusammenhang zwischen Umweltschutz einerseits und Verteilungsfrage andererseits in dieser Auseinandersetzung:

Während die „Kronenzeitung“, obwohl ihrem Anspruch nach die Zeitung des „kleinen Mannes“, die Verteilungsfrage hinter der Frage der Grünraumverbauung völlig ignorierte, wurde diese Problematik von anderen Zeitungen zumindest wahrgenommen. So titelte beispielsweise der „Standard“: „Container-Gymnasium im Villenviertel. Schüler kontra Baumschutz: Rund um den Kainz-Platz gehen die Gefühle hoch in Währing. Während Anwohner den Wert ihres Wohnviertels durch einen Schulneubau bedroht sehen, müssen ganze Klassen in Containern und im Schulkeller unterrichtet werden.“ [Standard, 16.11.1995] Und im „Kurier“ erschien ein Kommentar unter dem Titel „Joseph-Kainz-Park: Gibt es den Klassenkampf?“ [Kurier, 29.11.1995].

Die „Konflikte“-Sendung des ORF war eine der wenigen Gelegenheiten, wo die Auseinandersetzung nicht auf die Frage der Grünraumrettung oder -opferung reduziert wurde, sondern auch die dahinterliegenden Interessen angesprochen wurden, was der Wiener Cottage Verein später in Mitteilungen an seine Mitglieder als „Argumente aus der Mottenkiste des Klassenkampfes“ bezeichnete.

Doch auch wenn wahrgenommen wurde, daß bei der Argumentation die Verteilungsfrage eine Rolle spielt, blieb der Umgang damit doch reichlich hilflos. Klassenkämpfe scheinen verstaubt, Nachhaltigkeit hingegen als übergeordnetes Interesse der Menschheit, daß kaum in Frage gestellt werden kann.

Wie kurz Umweltschutzargumentation greift, wenn sie den Zusammenhang mit Verteilungsfragen vernachlässigt, zeigt in der vorliegenden Auseinandersetzung aber vor allem die Stellungnahme der Wiener Umweltschutzorganisation vom 12.1.1996, die diese nach eigener Aussage trifft „als unabhängige und weisungsfreie Einrichtung des Bundeslandes Wien, deren Aufgabe die Vertretung der Interessen des Umweltschutzes ist“. Dort heißt es nach einer Erklärung des geschützten Status, den der Kainz-Platz laut Flächenwidmung genießt: „Wenn man auch meinen könnte, daß im konkreten Fall eine Aufhebung der Schutzkategorien „Parkschutzgebiet“ bzw. „Landschaftsschutzgebiet“ kein so großes Problem wäre, da sich in unmittelbarer Nähe ohnehin ausreichend Grünstrukturen befänden, ist aus unserer Sicht dazu zu sagen, daß der Druck auf Grünflächen in Wien enorm hoch und ständig im Steigen begriffen ist, man das „Problem Kainz-Park“ nicht isoliert betrachten darf.“

Es werden in der Folge Beispiele für den größer werdenden Druck auf Grünraum wie geplante Garagenbauten unter Parkflächen und die Verbauung von Innenhöfen angeführt, um zu schließen: „Daß die jeweiligen Motive im Einzelfall durchaus verständlich sind, ändert nichts an der Tatsache, daß dadurch laufend natürliche Ressourcen unwiederbringlich zerstört und sowohl das labile stadtökologische Gefüge als auch die Lebensqualität der Wienerinnen und Wiener stark beeinträchtigt werden. Eine Realisierung des Schulbauprojektes im Kainz-Park wäre eine Aufweichung der Schutzkategorie Landschaftsschutzgebiet (man denke an die Beispielfolgen!) und damit ein schwerer Rückschlag für den Natur- und Landschaftsschutz in Wien! ... Denn hier geht es um weit mehr als um die Frage von Solidarität zwischen den „privilegierten Villenbesitzern“ und den „weniger privilegierten Schülerinnen und Schülern“; hier geht es darum, ob auch die Kinder dieser heutigen Schülerinnen und Schüler noch eine lebenswerte Stadt vorfinden werden!“

Die Wiener Umweltschutzorganisation gibt also nach eigener Aussage unabhängig und weisungsfrei ihre Gutachten ab. Sie ist im großen und ganzen ohne Einschränkungen gegen die Umwidmung von Grünraum, gegen die Verbauung von Innenhöfen, gegen Tiefgaragen unter Parkanlagen - kurz gesagt für eine nachhaltige Stadtplanung mit möglichst viel Grünraum für Bewohnerinnen und Bewohner. Was von den Experten dabei übersehen wird, ihre Rolle aber problematisch macht, ist die Tatsache, daß ihre Gutachten von den Entscheidungsträgern je nach Interessenslage ignoriert oder aber zur Unterstützung der eigenen politischen Argumentation benützt werden. Nach den ungezählten Fällen, in denen seit ihrem Bestehen gegen die Meinung der Umweltschutzorganisation entschieden wurde, mag es zwar unmittelbar eine Genugtuung gewesen sein, daß diesmal der Stellungnahme entsprechend gehandelt wurde. Aus einiger Distanz besehen muß aber auch der Umweltschutzorganisation bewußt werden, daß dies nicht aufgrund eines Gesinnungswandels oder plötzlich erwachten Umweltbewußtseins der Verantwortlichen passierte, sondern einfach eine Frage der politischen Opportunität war.

Sowohl Medien als auch Umwelthanwaltschaft übersahen, daß es in der Diskussion um den Schulneubau am Kainz-Platz weniger um die Solidarität zwischen privilegierten Villenbesitzern und weniger privilegierten Schülerinnen und Schülern, sondern vielmehr um die Verteilung von Grünflächen einerseits und notwendiger baulicher Infrastruktur andererseits zwischen den verschiedenen Bezirksteilen ging. Gerade durch die bevorzugte großflächige Schutzzonenverordnung für die dünn besiedelten und mit Grün reichlich ausgestatteten Bezirksteile Cottageviertel und Pötzleinsdorf entsteht großer Baudruck auf Innerwähring und das Kreuzgassenviertel. Und genau in diesen ohnehin schon dichtest besiedelten, aber dafür in der Flächenwidmung für Bautätigkeit verfügbar gehaltenen Gebieten, werden Garagen unter Parkflächen diskutiert und fallende begrünte Innenhöfe stillschweigend den für weitere Ausbauten vorgeschriebenen Autostellplätzen zum Opfer.

So wurden in den Jahren 1993 bis 1996 in Währing Bauvorhaben für über 950 neue Wohnungen gemeldet. Davon entfielen allein auf das Kreuzgassenviertel über 300 Wohnungen, während im Cottageviertel in diesem Zeitraum ganze 11 Wohnungen neu gebaut wurden. [8]

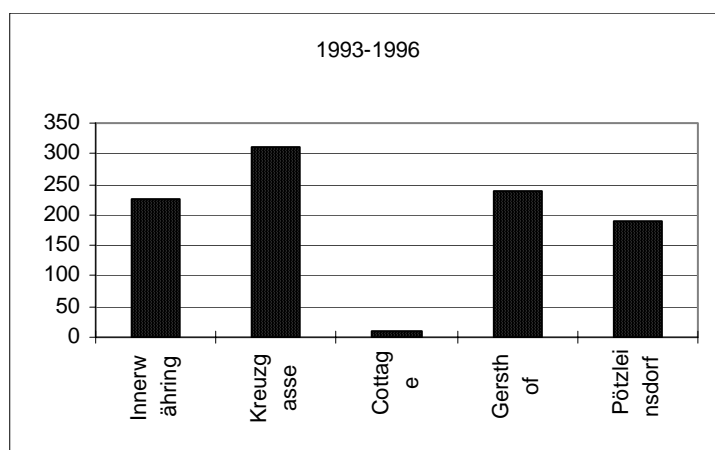


Abbildung 4: neu errichtete Wohnungen 1993-1996 nach Bezirksteilen

Genau dieser Baudruck in den dicht besiedelten Gebieten verhindert auch, daß es dort zu einer besseren Versorgung mit Grünflächen kommt. So heißt es zwar im Wiener Stadtentwicklungsplan 1994 zum Kreuzgassenviertel: „Zur Schaffung neuer öffentlicher Park- und Erholungsflächen wären gezielt Grundstücke (mit Abbruchhäusern) zu erwerben. Einige Eckgrundstücke mit extensiver und schlechter Bebauung im Kreuzgassenviertel bieten sich dafür besonders an.“ [step1994, 1994:316], geschehen ist in die Richtung in den letzten beiden Jahren nichts. Zahlreiche Häuser wurden in dieser Zeit abgerissen, die Grundstücke jedoch sofort wieder verbaut.

In einer Großstadt wie Wien ist der Schutz von Grünflächen eine zentrale Frage des Umweltschutzes. Anhand der Auseinandersetzung um den Kainz-Platz zeigt sich allerdings deutlich, daß die Verfügbarkeit über Grünflächen und ihre Lage auch eine Verteilungsfrage ist, der sich eine ernstzu-

nehmende Nachhaltigkeitspolitik auf Dauer nicht entziehen wird können, will sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen, sich je nach Bedarf für die Interessen der Mächtigen mißbrauchen zu lassen.

### **Anmerkungen:**

---

1 Es wird hier als Indikator die Fläche der öffentlichen Parkanlagen und nicht die der Grünflächen insgesamt herangezogen. Letztere umfaßt, zusätzlich zu den Parkanlagen, landwirtschaftlich genutzte Flächen, Wald, Kleingärten und Wiesen sowie Sport- und Freizeitflächen - Flächen also, die zumeist im unverbauten Gebiet am Stadtrand liegen oder aber der allgemeinen Öffentlichkeit nicht zugänglich sind, und scheint uns daher als Indikator für die Qualität des lokalen Lebensumfeldes von geringerer Bedeutung.

2 Angaben zu den Parkflächen in den einzelnen Bezirksteilen nach telefonischer Auskunft der MA42 - Stadtgartenamt.

3 Diese Einstellung entspricht auch durchaus den durch die Wiener Stadtverfassung vorgegebenen Machtverhältnissen: Wäre die Wiener SPÖ bis zuletzt einig und die Finanzierung des Baus von Seiten des Unterrichtsministeriums sichergestellt gewesen, hätte die Währinger Bezirksvertretung nur wenig gegen die Umsetzung des Projekts unternehmen können.

4 Aus einem Schreiben des Fachbeirats für Stadtplanung und Stadtgestaltung an die für die Festsetzung der Schutzzone letztzuständige Magistratsabteilung 21A vom 1.8.1994: „Trotz des grundsätzlich richtigen Gedankens, die gesamte, auf den Cottage-Verein zurückgehende Bebauungsstruktur zu erhalten, ist es notwendig, die Schutzzone entsprechend dem heutigen Baubestand nicht über das gesamte Areal flächendeckend zu erstrecken, sondern Neubauten und Areale, wie Tennisplätze usw., von der Schutzzone auszunehmen.“

5 Nach Auskunft der Schulleitung des Gymnasiums Haizingergasse beträgt der Anteil der Währinger Kinder unter den Schuleinsteigern 80 bis 85 %. In den oberen Klassen verschiebt sich das Verhältnis durch Umzug von Familien und Schulwechsel von Kindern etwas zugunsten der Nicht-Währinger.

6 So schrieb Gregor Matjan vor kurzem in einem Rückblick auf die Umweltbewegung in Österreich: „Erste ökologisch motivierte Proteste - etwa gegen die Verbauung des Wiener Sternwarteparks 1973 - waren vom Floriani-Prinzip motiviert und fanden schnell die Unterstützung der KRO-NE.“ [Matjan, 1996:4]

7 Im Frühjahr 1996 wurde der Wahltermin auf 13. Oktober 1996 festgelegt.

8 Angaben nach den Aufzeichnungen der Baupolizei Währing. Die Ausweisung der Anzahl neu errichteter Wohnungen je Bauvorhaben wird erst seit dem Jahr 1993 durchgeführt.

### **Literatur:**

Magistrat der Stadt Wien (1994), Die Häuser- und Wohnungszählung vom 15. Mai 1991

Magistrat der Stadt Wien (1995), Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1994

Gregor Matjan (1996), Grüne Sprossen. Alternative Blüten. In: Online Nr.9 / November 1996: Die Grüne Dekade. Ein Rückblick auf zehn Jahre Grüne im Parlament

Stadtplanung Wien (1994), step1994. Stadtentwicklungsplan für Wien (= Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung, Stadtgestaltung, Bd.53)

Studierende der Lehrveranstaltung "Arbeitsmethoden der Raumplanung" an der Universität für Bodenkultur, abgehalten im SS 1996 von Erich Dallhammer, Günter Dorninger und Anita Frank